

I ZR 14/58

Verkündet

am 23. Januar 1959

Justizobersekretär
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

I m N a m e n d e s V o l k e s

In dem Rechtsstreit

der Firma D[REDACTED]-Werke GmbH, D[REDACTED], gesetzlich
vertreten durch ihren Geschäftsführer,

Beklagten, Revisionsklägerin und
Anschlußrevisionsbeklagten,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED] -

g e g e n

1. die Firma J[REDACTED] & G[REDACTED] AG., K[REDACTED]-E[REDACTED] V[REDACTED]
[REDACTED]straße [REDACTED], gesetzlich vertreten durch ihren Vor-
stand,

2. den Verband der K[REDACTED]-Wasser-Hersteller e.V., K[REDACTED],
gesetzlich vertreten durch seinen Vorstand,

Kläger, Revisionsbeklagte und
Anschlußrevisionskläger,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED] -

hat der Erste Zivilsenat des Bundesgerichtshofs auf die
mündliche Verhandlung vom 23. Januar 1959 unter Mitwirkung
der Bundesrichter Dr. Bock, Dr. Krüger-Nieland, Dr. Christoph,
Dr. Weiß und Dr. Spreng

Für Recht erkannt:

Die Revision der Beklagten gegen das Urteil des
6. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Köln vom 6. Dezem-
ber 1957 wird zurückgewiesen.

Auf die Anschlußrevision der Kläger werden das
vorgenannte Urteil und das Urteil der 5. Kammer für
Handelssachen des Landgerichts in Köln vom 25. Mai 1958
im Kostenpunkte dahin abgeändert, daß die Kläger 1/5
und die Beklagten 4/5 der Kosten des Rechtsstreits zu
tragen haben.

Im übrigen wird die Anschlußrevision zurückge-
wiesen.

Von Rechts wegen

Tatbestand:

Die Klägerin zu 1 ist Herstellerin von Lavendel-Wasser und Lavendel-Seife. Sie bringt ihre Erzeugnisse unter der Bezeichnung "Patrizier-Lavendel" in den Verkehr. Der als Zweitkläger klagende Verband, dem auch die Erstklägerin als Mitglied angehört, ist eine Organisation von in K [REDACTED] ansässigen Herstellern von K [REDACTED]-Wasser, dessen Mitglieder zum Teil auch Lavendel-Wasser und Lavendel-Seife in den Handel bringen.

Die Beklagte, die eine deutsche Seifenherstellerin ist, bringt eine Seife auf den Markt, deren Einzelstücke mit der Prägung "Altenglisch-Lavendel" versehen und die in einen Karton mit dem Aufdruck "Altenglisch-Lavendel" verpackt sind.

Die Kläger sind der Ansicht, daß die Kennzeichnung der Seife der Beklagten mit "Altenglisch-Lavendel" unzulässig sei. Mindestens ein nicht unerheblicher Teil der Verbraucherschaft, so haben sie vorgetragen, verstehe unter Seifenprodukten, die unter Bezeichnungen wie "Englisch Lavendel", "Alt-englisch Lavendel" oder "Altenglisch-Lavendel" in den Verkehr gebracht würden, nur solche Seifen, deren Bestandteile aus englischen Lavendel-Pflanzen gewonnen, die in England hergestellt und von dort nach Deutschland eingeführt würden. Die Seifen der Beklagten enthielten indes weder dem Ursprung nach englisches Lavendel-Öl noch seien sie von England nach Deutschland eingeführt. Es handele sich daher bei der von der Beklagten gewählten Bezeichnung um eine unrichtige Angabe, die bei der besonderen Wertschätzung und Vorliebe der deutschen Verbraucherschaft für Erzeugnisse der englischen Duftwasser- und Seifenin-

- 3 -

dustrie den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorzurufen geeignet sei.

Hilfsweise haben die Kläger für den Fall, daß die sogenannten Bezeichnungen sich zu Beschaffenheitsangaben entwickelt haben sollten, geltend gemacht, die derzeitige Produktion der Beklagten entspreche nicht der vom Publikum bei Seifen dieser Bezeichnung erwarteten Beschaffenheit.

In dem beanstandeten Verhalten der Beklagten erblicken die Kläger einen Verstoß gegen §§ 1, 5 UWG, 823, 826, 1004 BGB. Dadurch seien sowohl die Erstklägerin wie auch Mitgliedsfirmen des zweitklagenden Verbandes geschädigt. Diese hätten ihre Ersatzansprüche und Prozeßführungsrechte an den Zweitkläger abgetreten.

Mit der Klage beantragen die Kläger Verurteilung der Beklagten,

1. es zu unterlassen, ihre in Deutschland hergestellte Lavendel-Seife unter einer der folgenden Bezeichnungen feilzuhalten oder in den Verkehr zu bringen
 - a) "Englisch-Lavendel",
 - b) "Alt Englisch-Lavendel",
 - c) "Altenglisch Lavendel",
2. den Klägern Auskunft zu erteilen, in welchem Umfange sie Erzeugnisse unter den vorgenannten Bezeichnungen in den Verkehr gebracht hat.

Die Beklagte hat Klageabweisung beantragt. Sie hat bestritten, daß die fraglichen Bezeichnungen, die sie – dies haben die Kläger nicht bestritten – seit mehr als 20 Jahren verwende, Herkunftsangaben gewesen seien. Zu mindest hätten sie sich in eine Beschaffenheitsangabe gewandelt



und drückten als solche nur noch eine bestimmte Duft-
richtung, nämlich die eines herben Lavendelgeruchs, aus. Ihre
Seife enthalte auch echt englisches Lavendel-Öl. Die zum
Stückpreis von 0,60 DM in den Verkehr gebrachte Lavendel-
Seife spreche zudem speziell das Warenhaus- und Kaufhallen-
publikum an, welches sich von dem billigen Preis bestimmen
lasse und an die Warenkennzeichnung nur geringe Erwartungen
knüpfe, soweit es sich in der fraglichen Richtung über-
haupt Vorstellungen mache.

Weiter hat die Beklagte eingewendet, die geltend
gemachten Ansprüche seien verwirkt, da sie die beanstan-
deten Bezeichnungen seit 20 Jahren verwende.

Die Kläger haben bestritten, daß die Seife der Be-
klagten echt englisches Lavendel-Öl enthalte, auch daß
es eine besondere Duftnote "Englisch Lavendel" gebe.

Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme die Beklagte
entsprechend dem Unterlassungsantrag verurteilt, jedoch mit
der Einschränkung, "wenn diese Seife nicht die Duftnote
eines herben Lavendelgeruchs hat". Im übrigen hat es die
Klage abgewiesen.

Das Oberlandesgericht hat auf Grund einer Verkehrs-
befragung durch die Gesellschaft für Konsumforschung e.V.
Nürnberg dem Unterlassungsantrage in vollem Umfange, ohne
die vorbezeichnete Einschränkung, stattgegeben. Die weiter-
gehende Berufung der Kläger ist zurückgewiesen worden.

Mit der Revision erstrebt die Beklagte Klageab-
weisung in vollem Umfange, während die Anschlußberufung
auf Verurteilung der Beklagten auch hinsichtlich des

Auskunftsanspruchs gerichtet ist. Beide Parteien bitten um Zurückweisung des gegnerischen Rechtsmittels.

Entscheidungsgründe:

Im Gegensatz zum Landgericht, das die Beklagte verurteilt hatte, es zu unterlassen, ihre in Deutschland hergestellten Seifen unter den beanstandeten Bezeichnungen (Englisch Lavendel, Alt Englisch Lavendel und Altenglisch Lavendel) in Verkehr zu bringen, "wenn diese Seifen nicht die Duftnote eines herben Lavendelgeruchs habe", hat das Berufungsgericht dem Unterlassungsantrage der Kläger ohne diese Einschränkung stattgegeben (§§ 3, 13 UWG). Der Auskunftsanspruch der Kläger ist vom Berufungsgericht in Übereinstimmung mit dem Landgericht zurückgewiesen worden.

I. Revision der Beklagten.

Das Berufungsgericht geht rechtsirrtumsfrei davon aus, daß die deutsche Verbraucherschaft für Erzeugnisse nicht nur der französischen, sondern insbesondere auf dem Seifensektor auch der englischen Seifen- und Duftwasserherstellung eine besondere Vorliebe und Wertschätzung zeige.

Bei Prüfung der Frage, ob die beanstandeten Bezeichnungen im Sinne des § 3 UWG unrichtig oder irreführend sind, nimmt das Berufungsgericht weiter zutreffend an, daß diese Kennzeichnungen ihrem Ursprunge nach die Bedeutung von Herkunftsbezeichnungen besitzen. Das Berufungsgericht verneint im Gegensatz zum Landgericht indessen, daß diese Bezeichnungen nach der heutigen Verkehrsauffassung einen im Sinne der Rechtsprechung bereits abgeschlossenen

Bedeutungswandel zu einer Beschaffenheitsangabe durchgemacht hätten, die lediglich die Duftnote eines herben Lavendelgeruchs bezeichne. Insoweit kommt es auf die Verkehrsauffassung der Verbraucherkreise – nicht der Hersteller und Handelskreise, die das Landgericht im Wege der Beweisaufnahme befragt hatte – an. Auf Grund der vom Berufungsgericht insoweit durchgeführten Verkehrsbefragung ist es zu der Feststellung gelangt, daß auch heute noch ein nicht völlig unerheblicher Teil der Verbraucher den streitigen Bezeichnungen die Bedeutung einer Herkunftsangabe beimesse. Diese Verkehrsbefragung ist nach den Ausführungen des Berufungsgerichts auf Grund eines mit den Parteien ausgearbeiteten Fragebogens bei 1.200 Personen beiderlei Geschlechts im gesamten Gebiet der Bundesrepublik durchgeführt worden, dessen erste Frage lautete, ob es sich nach Meinung der Befragten bei "Alt-Englisch-Lavendel-Seife" bzw. "Englisch-Lavendel-Seife" um ein inländisches oder ausländisches Erzeugnis handle. Hinsichtlich der Bezeichnung "Alt-Englisch-Lavendel-Seife" hätten 20 % und hinsichtlich der Bezeichnung "Englisch-Lavendel-Seife" hätten 15 % der Befragten, so führt das Berufungsgericht aus, im Sinne eines ausländischen Erzeugnisses geantwortet. Nach den weiteren Ausführungen des Berufungsgerichts ist den Befragten nach Beantwortung der vorstehend angegebenen ersten Frage dann unter Vorlage eines der bei kartonweisem Seifenverkauf üblichen Seifenkartons der Beklagten, der neben der Bezeichnung "Altenglisch Lavendel" die Angabe "Lloyd Parfümerie" und die Darstellung einer typisch englischen Landschaft aufwies, und unter gleichzeitiger Nennung des Preises die weitere Frage gestellt worden, ob es sich bei dieser vorgelegten Seife nach Ansicht der Befragten um ein inländisches oder ausländisches Erzeugnis handle. Auf diese Frage hätten sich wiederum 20 % der Befragten

dahin entschieden, daß es sich bei der vorgelegten Fackung der Seife der Beklagten um ein ausländisches Erzeugnis handle. Als Grund dafür hätten allerdings nur 66 % hiervon, insgesamt also 5,5 % der Befragten, die Bezeichnung mit "Altenglisch Lavendel" als für sie entscheidend angegeben, während andere Befragte hierfür als Grund z.B. die Bezeichnung Lloyd oder sonstige Einzelheiten der Aufmachung angegeben hätten. Aus diesem Befragungsergebnis folgert das Berufungsgericht, daß ein Bedeutungswandel der Bezeichnung "Altenglisch Lavendel-Seife" in Richtung auf eine Beschaffenheitsangabe noch nicht stattgefunden habe. Es hält daher den Unterlassungsanspruch der Kläger für gerechtfertigt, und zwar auch hinsichtlich der Bezeichnung "Englisch Lavendel", deren sich die Beklagte z.Zt. nicht bediene. Die Bezeichnung "Altenglisch-Lavendel" und "Englisch-Lavendel" ständen einander aber nicht nur klanglich, sondern auch in der Verkehrsauffassung des Durchschnittsverbrauchers, wie die Verkehrsbefragung ergeben habe, sehr nahe. Da sich die Beklagte darauf berufen habe, daß beide Bezeichnungen sich zu einer Beschaffenheitsangabe entwickelt hätten, sei die Befürchtung begründet, daß die Beklagte im Falle eines nur auf die Verwendung der Bezeichnung "Altenglisch-Seife" gerichteten Verbotes auf die Bezeichnung "Englisch-Lavendel" ausweichen würde. Die Kläger haben daher nach Auffassung des Berufungsgerichts ein berechtigtes Interesse daran, daß der Beklagten vorliegend auch eine Verwendung der Bezeichnung "Englisch-Lavendel" für ihre in Deutschland hergestellte Seife untersagt werde.

Nach Auffassung des Berufungsgerichts ist der Unterlassungsantrag der Kläger in vollem Umfang auch deswegen gerechtfertigt, weil nach dem Ergebnis der Verkehrsbefragung

44 % der Befragten, welche weder die erste noch die zweite Frage im Sinne einer ausländischen Herkunftsbezeichnung beantwortet hätten, auf Befragen angegeben hätten, ihrer Meinung nach würde für die als "Englisch-Lavendel" oder als "Altenglisch-Lavendel-Seife" bezeichneten Seifen echt englisches Lavendel-Öl verwendet. Zwar sei nicht zu verkennen, so führt das Berufungsgericht aus, daß diese Fragestellung (Frage 4) einen in gewissem Ausmaß suggestiven Charakter habe, und daß sich eine Anzahl der Befragten vor Stellung dieser Frage eine bestimmte Vorstellung in dieser Richtung nicht gemacht haben werde. Selbst wenn man mit Rücksicht hierauf die Zahl von 44 % halbiere, so verblieben aber immer noch 22 % der Befragten 341 Personen oder 336 (von einer Gesamtzahl an Befragten von 1200), bei denen die streitigen Bezeichnungen die Vorstellung erweckten, daß es sich hier um ein Erzeugnis handle, bei dessen Herstellung echt englisches Lavendel-Öl verwendet worden sei.

Diese im wesentlichen auf tatsächlichen Gebiet liegenden Darlegungen des Berufungsgerichts weisen einen entscheidungserheblichen Rechtsirrtum nicht auf.

Zu Unrecht wendet sich die Revision zunächst gegen den Ausgangspunkt des Berufungsgerichts, daß die beanstandeten Bezeichnungen von ihrem Ursprung her die Bedeutung einer Herkunftsbezeichnung hätten. Sie meint, ein Hinweis auf das Ursprungsland würde in den beanstandeten Bezeichnungen nur dann liegen, wenn die Beklagte ihr Erzeugnis "als Englische Lavendel-Seife" oder als "Altenglische-Lavendel-Seife" oder gar als "English Lavender Soap" herausbringe; denn dann könne man das Wort "Englisch-Lavendel" auf die Seife beziehen. Nur in diesem Falle würde auf den Herstellungsort Bezug genommen. Hier aber bezögen sich die Worte Englisch bzw. Altenglisch grammatisch und sprachlich eindeutig auf Lavendel und nicht

auf Seife. Dem kann nicht gefolgt werden, weil es bei Prüfung der Frage, ob die beanstandeten Bezeichnungen unrichtig oder irreführend im Sinne des § 5 UWG sind, nach allgemeiner Rechtsauffassung auf die Meinung der in Betracht kommenden Abnehmerkreise ankommt, wie sie sich bei der Flüchtigkeit, mit der der Verkehr derartige Bezeichnungen aufzunehmen pflegt, bildet. Nach der Lebenserfahrung wird ein flüchtiger Betrachter der beanstandeten Ankündigung grammatikalische Überlegungen der von der Revision vorgetragenen Art nicht anstellen. Es darf nach ständiger Rechtsprechung nicht von einem Betrachter ausgegangen werden, der die Ankündigung genau, vollständig und mit kritischer Überlegung würdigt (IX UWG § 3 Nr. 22). Es ist daher entgegen der Meinung der Revision nicht zu beanstanden, wenn das Berufungsgericht seine Entscheidung auf die Frage abgestellt hat, ob die ursprünglich von Hause aus als Herkunftsangaben anzusehenden Bezeichnungen "Altenglisch-Lavendel-Seife" und "Englisch-Lavendel-Seife" sich im Laufe der Zeit zu einer Gattungsbezeichnung oder einer Beschaffenheitsangabe umgewandelt haben.

Dadurch erledigen sich auch die in diesem Zusammenhang weiter erhobenen Angriffe der Revision, das Berufungsgericht sei bei Prüfung der Frage, ob die beanstandeten Bezeichnungen irreführend im Sinne des § 5 UWG seien, zu Unrecht davon ausgegangen, daß die Beklagte die Beweislast treffe. Die Umwandlung einer Herkunftsbezeichnung in eine Beschaffenheitsangabe muß, was auch die Revision anerkennt, der Verletzer nachweisen, während die Beweislast für die unrichtige oder irreführende Eigenschaft einer Angabe, wenn es sich bei ihr nicht um eine von Haus aus als Herkunftsangabe anzusehende Bezeichnung handelt, dem

Kläger trifft (vgl. Baumbach-Hefermehl, Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht 7. Aufl. § 3 UWG Anm. 17, 64; LM UWG § 3 Nr. 17). Das Berufungsgericht hat bei dem vorliegenden Sachverhalt daher rechtsirrtumsfrei angenommen, daß die Beklagte beweispflichtig für den etwa eingetretenen Bedeutungswechsel der beanstandeten Bezeichnungen sei.

Auch die von der Revision erhobenen Angriffe sind unbegründet, soweit sie sich gegen die Annahme des Berufungsgerichts richten, wonach eine solche Umwandlung der beanstandeten Bezeichnungen zu Beschaffenheitsangaben nicht nachgewiesen sei.

Daß die Verkehrsbefragung ein zulässiges Beweismittel darstellt, obwohl sie als solches in der Zivilprozeßordnung nicht angeführt ist, hat der Senat schon mehrfach ausgesprochen. Die Zulässigkeit der Verkehrsbefragung an sich will die Revision auch nicht in Zweifel ziehen. Ihrer Ansicht nach ist sie aber nur mit größter Vorsicht zu verwenden. Es ist der Revision darin beizupflichten, daß eine Meinungsbefragung dann nicht zu brauchbaren Ergebnissen führen kann, wenn den Befragten die Äußerung von Meinungen über Tatbestände zugemutet wird, die bei ihnen normalerweise gar keine Meinung auslösen. Ein solcher Sachverhalt ist vorliegend entgegen der Meinung der Revision jedoch nicht gegeben. Denn es handelt sich bei Seife um einen Gegenstand des täglichen Bedarfs, und der breiten Masse der Käufer ist auch bekannt, daß Seife in nicht unwesentlichem Umfange aus dem Ausland eingeführt wird. Auch in der Art der Fragestellung und der Auswertung der in Rede stehenden Meinungsbefragung durch das Berufungsgericht erblickt die Revision zu Unrecht einen Rechtsverstoß. Es ist der Revision zwar darin beizutreten,

daß es zweckmäßig gewesen wäre, wenn das Berufungsgericht die von ihm durchgeführte Verkehrsbefragung mit einer allgemeinen Frage eingeleitet hätte, etwa der Art, daß dem Befragten zwei Stück Seife - davon eins mit der beanstandeten Bezeichnung - vorgelegt worden wären, mit der Frage, welcher Seife und aus welchem Grunde der Befragte dieser Seife den Vorzug geben würde. Im Endergebnis ist die Fragestellung des Berufungsgerichts jedoch entgegen der Ansicht der Revision rechtlich nicht zu beanstanden. Es ist zwar richtig, daß die Fragestellung möglichst auf den konkreten Fall abzustellen ist, und daß bei Prüfung der Frage, ob eine beanstandete Bezeichnung als unrichtig oder irreführend im Sinne des § 5 UMG anzusehen ist, alle Umstände, insbesondere auch Zusätze auf den verwendeten Verpackungsmaterialien mit zu berücksichtigen sind. Denn solche Umstände können einer Bezeichnung möglicherweise die Bedeutung einer Herkunftsangabe nehmen, worüber allein die Verkehrsauffassung entscheidet (vgl. LM UMG § 5 Nr. 17). Diesen Rechtsgrundsätzen hat jedoch auch die angefochtene Entscheidung Rechnung getragen.

Das Berufungsgericht ist bei seiner Entscheidung von der konkreten Verletzungsform ausgegangen. Nach dem unstreitigen Tatbestand des angefochtenen Urteils bringt die Beklagte eine Seife in den Verkehr, deren Einzelstücke mit der Prägung "Altenglisch-Lavendel" versehen und die in Kartons mit dem Aufdruck "Altenglisch-Lavendel" verpackt sind. Da nach dem eigenen Vorbringen der Beklagten der Hauptvertrieb ihrer Seife in Warenhäusern geschieht und diese dort nach der Lebenserfahrung auch ohne Karton angeboten werden, umfaßt der Unterlassungsantrag der Kläger sowohl den Vertrieb von Einzelstücken der Seife mit der Bezeichnung "Altenglisch-Lavendel" als auch den Verkauf

dieser Seife in Kartons mit der gleichen Aufschrift. Da Gegenstand eines Unterlassungsanspruchs auch eine erst drohende Verletzung sein kann, hat das Berufungsgericht rechtsirrtumsfrei auch die bisher von der Beklagten nicht verwendete, aber von ihr in Anspruch genommene Kennzeichnung ihrer Seife mit "Englisch-Lavendel" ebenfalls als konkrete Verletzungsform angesehen. Als weitere Verletzungsform hat das Berufungsgericht, wie sich aus der Fassung der Beweisfragen im Rahmen der Verkehrsbefragung ergibt, ferner die von der Klägerin im Berufungsverfahren vorgelegte Seifenpackung, die die Beschriftung "Altenglisch" und "Lloyd-Parfümerie" sowie eine typisch englische Landschaft aufweist, seiner Entscheidung zugrunde gelegt. Zu Unrecht meint die Revision, der Unterlassungsantrag der Kläger sei, was das Berufungsgericht nicht beachtet habe, im Berufungsverfahren auf letztere Verletzungsform eingeschränkt worden. Eine solche Einschränkung ist nach den insoweit maßgeblichen Sitzungsprotokollen (§ 164 ZPO) nicht erfolgt. Es kann daher der Revision nicht darin gefolgt werden, daß das Berufungsgericht bei seiner Fragestellung im Rahmen der Verkehrsbefragung von einem unrichtigen Inhalt des Unterlassungsantrages ausgegangen sei. Es ist somit rechtlich auch nicht zu beanstanden, wenn das Berufungsgericht die Erstfrage bei der Verkehrsbefragung auf die Bezeichnung "Altenglisch-Lavendel" und "Englisch-Lavendel" abgestellt hat. Insbesondere handelt es sich insoweit, entgegen der Ansicht der Revision, nicht um eine rein abstrakte, suggestive Fragestellung. Nach alledem ist die Annahme des Berufungsgerichts, daß eine Umwandlung der streitigen Bezeichnungen zu einer Beschaffenheitsangabe nicht nachgewiesen sei, rechtlich nicht zu beanstanden.

Soweit die Revision geltend macht, die Beklagte verwende die beanstandeten Bezeichnungen unter gleichzeitiger Hinzufügung ihres Firmennamens und der Ortsangabe ihres Sitzes, nämlich mit Zusätzen, die geeignet seien, den streitigen Bezeichnungen die etwaige Bedeutung einer Herkunftsangabe zu nehmen, so widerspricht dieses Revisionsvorbringen dem unstreitigen Sachverhalt, der für das Revisionsgericht verbindlich ist. Denn nach dem unstreitigen Tatbestand des angefochtenen Urteils bringt die Beklagte, wie bereits oben angeführt, ihre Seife in den Handel mit dem Aufdruck "Altenglisch-Lavendel" auf den Einzelstücken und auf den Kartons; die im Berufungsverfahren vorgelegte und der Verkehrsbefragung weiter zugrunde gelegte Seifenpackung der Beklagten enthält neben der Bezeichnung "Altenglisch-Lavendel" den Zusatz "Lloyd-Parfümerie" und das Bild einer typisch englischen Landschaft. Diese Zusätze sind jedenfalls nicht geeignet, den beanstandeten Bezeichnungen der Beklagten den Charakter einer Herkunftsangabe zu nehmen.

Nach den weiteren Feststellungen des Berufungsgerichts verwendet die Beklagte bei der Herstellung der streitigen Seife kein englisches Lavendelöl. Es bestand und besteht sonach für die Beklagte keinerlei Anlaß und kein schutzwürdiges Interesse, ihre Erzeugnisse mit "Altenglisch-Lavendel" oder "Englisch-Lavendel" zu bezeichnen. Diese Bezeichnungen sind, wie das Berufungsgericht ferner zutreffend ausgeführt hat, ebenfalls irreführend im Sinne des § 3 UWG, da sie im Hinblick auf die besondere Vorliebe und Wertschätzung, deren sich die Erzeugnisse der englischen Seifenherstellung bei den deutschen Abnehmern erfreuen, geeignet sind, den Eindruck eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen.

Rechtlich unbedenklich sind auch die Ausführungen, mit denen das Berufungsgericht den Verwirkungseinwand der Beklagten gegenüber dem Unterlassungsanspruch für unbegründet erklärt hat. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts haben zwar nicht nur die Beklagte, sondern auch andere große Firmen zum Teil seit Jahrzehnten die streitigen Bezeichnungen unbeanstandet geführt. Nach den weiteren Ausführungen des Berufungsgerichts kann es außerdem der Erstklägerin und den Mitgliedsfirmen der Zweitklägerin nicht unbekannt gewesen sein, daß die Beklagte und die vorbezeichneten Firmen die streitigen Bezeichnungen für ihre in Deutschland und nicht unter Verwendung englischen Lavendelöls hergestellte Seife geführt haben. Demgegenüber weist indes das Berufungsgericht mit Recht darauf hin, daß gegenüber einem Unterlassungsanspruch nach allgemeiner Rechtsauffassung der Verwirkungseinwand dann nicht zuzulassen sei, wenn nicht nur Individualinteressen des Wettbewerbers, sondern auch die Interessen der Allgemeinheit durch eine nach § 5 UWG zu beanstandende Handlungsweise berührt würden (BGHZ 16, 32, 95; LM UWG § 5 Nr. 21 - Erstes Kulmbacher - ; GRUR 1958, 145 ff - Schwardtmann). Diese Voraussetzung hat das Berufungsgericht ohne Rechtsirrtum vorliegend als gegeben angesehen. Durch die in den streitigen Bezeichnungen liegende irreführende Herkunftsangabe über die Seife wird allerdings noch nicht das Interesse der Allgemeinheit berührt. Die beanstandeten Bezeichnungen erwecken jedoch bei der Verbraucherschaft auch eine falsche Gütevorstellung über die Qualität der streitigen Seife der Beklagten, da ein nicht unerheblicher Teil der Verbraucherschaft mit den englischen Seifenerzeugnissen eine besondere Gütevorstellung verbindet.

Das Berufungsgericht hat daher dem Unterlassungsanspruch der Klägerin mit Recht stattgegeben. Diese Verurteilung des Berufungsgerichts umfaßt, wie sich aus den obigen Ausführungen zur Verletzungsform ergibt, den Vertrieb der Seife mit den beanstandeten Bezeichnungen sowohl als Einzelstücke wie auch in Kartons und in letzter Hinsicht auch in Kartons mit dem Zusatz "Lloyd-Parfümerie" und der Darstellung einer typisch englischen Landschaft. Die Revision der Beklagten konnte daher keinen Erfolg haben.

II. Der Anschlußrevision der Kläger war ebenfalls der Erfolg zu versagen.

Das Berufungsgericht hat die Frage offengelassen, ob auch der Zweitkläger zur Verfolgung des geltend gemachten Auskunftsanspruchs, der einen von den Klägern beabsichtigten Schadenersatzanspruch vorbereiten soll, befugt sei. Gegen eine solche Befugnis bestehen jedoch keine Bedenken. Diese kann zwar nicht aus § 13 UWG hergeleitet werden (BGH GRUR 1954, 163, 165). Sie ergibt sich aber auf Grund der unstreitigen Abtretung der Schadenersatzansprüche der in Betracht kommenden Mitglieder des Zweitklägers an diesen.

Das Berufungsgericht hat diesen Auskunftsanspruch abgewiesen, weil es ein Verschulden der Beklagten verneint und im übrigen etwaige Schadenersatzansprüche der Kläger als verwirkt angesehen hat.

5

Zur Verneinung eines Verschuldens der Beklagten ist das Berufungsgericht auf Grund der Erwägung gelangt, daß die Beklagte nicht habe zu erkennen brauchen, daß der Bedeutungswandel der früheren Herkunftsbezeichnung zur Beschaffenheitsangabe noch nicht abgeschlossen sei. Von ihr habe keine weitergehende Einsicht verlangt werden können, als sie führende Organisationen der Industrie und des Handels hierzu geäußert hätten.

Auf Grund der Auskünfte dieser Organisationen in Verbindung mit dem Gutachten des vom Landgericht angehörten Sachverständigen hatte dieses angenommen, daß die beanstandeten Bezeichnungen nach heutiger Verkehrsauffassung einen bereits abgeschlossenen Bedeutungswandel zu einer Beschaffenheitsangabe durchgemacht hätten, die lediglich die Duftnote eines herben Lavendelgeruchs bezeichne.

Dieser Beurteilung der Verschuldensfrage ist im Endergebnis beizutreten. Dabei ist insbesondere auch als für die Beklagte entlastend zu berücksichtigen, daß außer ihr andere, auch große Firmen zum Teil seit Jahrzehnten die streitigen Bezeichnungen unangefochten geführt haben, und daß der Senat im früheren Lavendelurteil vom 7. Januar 1956 - I ZR 85/55 - unterstellt hatte, daß die streitigen Bezeichnungen Gattungsbezeichnungen seien, unter denen der Verkehr ein Lavendelerzeugnis unbestimmten Charakters verstehe. Bei dieser Sachlage konnte die Beklagte in der für ihren Geschäftsbetrieb sehr bedeutsamen Streitfrage trotz des ihr ungünstigen Berufungsurteils den Erlaß des jetzigen Revisionsurteils abwarten, ohne sich einem Schuldvorwurf auszusetzen. An diesem Ergebnis

wird entgegen der Meinung der Anschlußrevision auch dadurch nichts geändert, daß nach den Feststellungen des Berufungsgerichts ein nicht unerheblicher Teil der Verbraucherschaft insofern getäuscht wird, als er irrigerweise annahme, eine mit den beanstandeten Bezeichnungen gekennzeichnete Seife werde unter Verwendung englischen Lavendelöls hergestellt. Die Beurteilung der Schuldfrage hängt auch insoweit davon ab, ob die streitigen Bezeichnungen als Herkunftsbezeichnungen anzusehen sind. Falls sich diese, wie im früheren Revisionsurteil unterstellt, zu Gattungsbezeichnungen, die zugleich Beschaffenheitsangaben darstellen, entwickelt hätten, dann könnte ein Verschulden der Beklagten daran nicht anerkannt werden, daß ein Teil der Verbraucherschaft irrigerweise annimmt, eine mit den beanstandeten Bezeichnungen gekennzeichnete Seife werde unter Verwendung englischen Lavendelöls hergestellt. Denn die insoweit getäuschten Abnehmer der Seife hätten sich diesen Irrtum selbst zuzuschreiben, da sie es an der erforderlichen Erkundigung nach der Zusammensetzung der Seife hätten fehlen lassen. '

Dagegen beanstandet die Anschlußrevision der Kläger zu Recht die Kostenentscheidung des angefochtenen Urteils. In Übereinstimmung mit dem Berufungsgericht ist von einem Streitwert von 12.000.-- DM für den Unterlassungsanspruch und von 5.000.-- DM für den Auskunftsanspruch auszugehen. Da die Kläger nur hinsichtlich des letzteren unterlegen sind, waren die Kosten richtigerweise gemäß §§ 91, 92 ZPO dahin zu verteilen, daß den Klägern 1/5 und den Beklagten 4/5 aufzuerlegen waren.

Nach alledem war zu entscheiden wie geschieden

Bock

Krüger-Nieland

Christoph

Weiß

Spreng